No. 22. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 14. Januar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sorauerstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Ryckestr. 31, N. Schiffbauerdamm 1, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 38, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 13b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Eine neue Liebesgabe

für die Agrarier.

Kapitalkräftige Landwirte werden gesucht zur Entgegennahme staatlicher Unterstützungen.

Gefl. Offerten an die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer.

So wie die vorstehende Notiz könnten jetzt in allen Organen der liebesgabengesegneten Agrarier Inserate erscheinen; denn es soll eine neue agrarische Liebesgabe zur Ausschüttung gelangen, da es mit den bisherigen Liebesgaben noch immer nicht genug ist. . . .

Nämlich so:

Die Einführung des Kraftbetriebes in der Landwirtschaft soll von Seiten des Staates gefördert werden. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat die Landwirtschaftskammern in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß durch den Etat für 1908 Staatsmittel flüssig gemacht werden sollen, um die Einbürgerung leistungsfähiger Lastkraftwagen in Betrieben aller Art durch geeignete Unterstützungen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Der Minister geht dabei von der Voraussetzung aus, daß auch große Güter, bei denen die Verhältnisse dem Uebergang zum Kraftbetriebe günstig sind, die Gelegenheit benutzen würden, sich hierbei eine staatliche Unterstützung zu sichern.

Da nach Bewilligung der Mittel durch den Landtag baldmöglichst über ihre zweckmäßige Verwendung Bestimmung getroffen werden soll, wünscht das Ministerium, sich schon jetzt einen Ueberblick darüber zu verschaffen, ob zuverlässige und kapitalkräftige Landwirte vorhanden sind, mit denen es mit Aussicht auf Erfolg in dieser Angelegenheit in Verhandlung treten kann.

Die Vorstände der Landwirtschaftskammern nehmen Anträge von Landwirten entgegen.

* * *

Darf man fragen, warum nur landwirtschaftliche Großunternehmer, nicht auch industrielle Unternehmer aller Art, Geschäftsleute 2c. vom Staate unterstützt werden sollen, um in ihren Betrieben leistungsfähige Kraftwagen 2c. zur Einführung zu bringen? Doch wozu fragt man? Kapitalkräftige Agrarier sind an Liebesgaben so gewöhnt, daß man sich über nichts mehr wundern darf, was auf dem Gebiete der Erfindung neuer Liebesgaben vor sich geht. Wer aber gibt zum Beispiel Handwerkern staatliche Unterstützungen, wenn sie im Interesse ihres Betriebes maschinenmotorische Kraft einführen wollen?

Was unsere Agrarier lernen können.

Behufs Ausbildung junger deutscher Landwirte in dänischen landwirtschaftlichen und Molkereibetrieben hat der Landwirtschaftsminister an die Landwirtschaftskammern nachstehende Verfügung erlassen:

Der anerkannt hohe Stand, den manche Zweige der landwirtschaftlichen Technik in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Dänemark, aufzuweisen haben, läßt es erwägenswert erscheinen, jüngere deutsche Landwirte zu ihrer weiteren Ausbildung nach dort zu entsenden.

„Nach einem Bericht der landwirtschaftlichen Sachverständigen beim kaiserlichen Generalkonsulat in Kopenhagen, Dr. Hollmann, besteht die Möglichkeit, geeignete junge Landwirte aus Deutschland in beschränkter Zahl in Eleven- und Volontärstellungen in dänischen Landwirtschafts- und Molkereibetrieben unterzubringen. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe ich hieraus Anlaß genommen, etwaigen Interessenten die Wege zur Erlangung derartiger Ausbildungsgelegenheiten nach Möglichkeit zu ebnen. Der genannte Sachverständige ist zu diesem Zweck beauftragt worden, die Vermittelung solcher Stellen auf Wunsch zu übernehmen. Es empfiehlt sich indes, dem Sachverständigen nur solche Bewerber vorzuschlagen, die imstande sind, die Kosten des auswärtigen Aufenthaltes und der Zu- und Rückreise aus eigenen Mitteln zu bestreiten. In besonders begründeten Ausnahmefällen würde ich auch bereit sein, mäßige Beihilfen zu den Reisekosten aus Staatsmitteln zu gewähren, sofern es sich um bedürftige Bewerber handelt, die nach Vorbildung und Beanlagung geeignet erscheinen, die zu erwerbenden Kenntnisse nach ihrer Rückkehr der heimischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.“

Es ist seit langem bekannt, daß die dänische Landwirtschaft in vielen Beziehungen die deutsche Landwirtschaft überflügelt hat, und es ist immerhin erfreulich, daß man in deutschen landwirtschaftlichen Kreisen weiß, wieviel man von den Dänen lernen kann. Was aber die Hauptsache ist, und worauf hoffentlich die deutschen Triddelfritze in Dänemark besonders ihr Augenmerk richten werden, das ist das: die dänische Landwirtschaft ist das, was sie geworden ist, im Gegensatz zur deutschen, ohne Liebesgaben und ohne das überspannte Schutzzollsystem geworden, womit sich die deutschen Agrarier ihr Dasein bequemer zu gestalten und zu verschönern wußten!

Die Novelle zum Fischereigesetz.

Dem Vernehmen nach soll in naher Zeit auch die Fischereigesetznovelle, die schon längere Zeit hindurch in Vorbereitung war, veröffentlicht werden, damit die öffentliche Kritik sich mit den neuen Vorschlägen beschäftigen kann.

Süddeutsche Stimmen über Bülow.

Im heutigen Morgenblatt haben wir bereits einer süddeutschen Stimme ein Echo gegeben, die sich über Bülows Erklärung sehr energisch ausspricht. Heute meldet uns ein Privat-Telegramm aus Nürnberg:

Die Generalversammlung des demokratischen Veeeins in Nürnberg faßte eine Resolution, die die Fraktion der deutschen Volkspartei im Reichstage in Ansehung der Haltung der preußischen Regierung zur Wahlrechtsfrage dringend bittet, aus dem Bülowblock auszuscheiden.

Der Stuttgarter „Beobachter“, mit dem einige Parlamentarier der süddeutschen Volkspartei Fühlung zu halten pflegen, sagt:

Weniger konnte er (Bülow) für den Liberalismus nicht tun; nicht einmal den schlimmsten Verstoß gegen die guten Sitten, die Zulassung der Wählerknechtung im Wahlraum, hat er aufzuheben sich entschlossen. Er hat damit proklamiert, daß er Preußen nicht einmal auf das Niveau des sächsischen Wahlrechtes bringen wolle, das geheime Abstimmung hat. Die Wirkung dieser Blindenpolitik ist einschneidend gewesen. Preußen hat unter der Leitung des Fürsten Bülow einen historischen Moment und eine politische Konstellation verpaßt. So wird das Urteil der politischen Geschichte lauten. Die Parteigeschichte aber wird registrieren: Fürst Bülow hat den Block eigenhändig gesprengt, als er den Grundgedanken seiner Blockpolitik verleugnet hat. Die Linke aber, die ihren guten Willen zur positiven Mitarbeit bewiesen hat, hat das Recht, sich vor jeder Steuer- oder Gesetzesbewilligung auf das Mißtrauen zurückzuziehen, das ihr Fürst Bülow zur Pflicht gemacht hat.“

Bülow hat den Block selbst gesprengt, wie hier richtig gesagt worden ist. Aber schon sind freisinnige Kärrner, Steinträger und Gipser eifrig dabei, die Sprengsteine wieder zusammenzuschleppen und zu verschmieren. Eine widerliche politische Selbstentmannung, wie sie in dieser Weise bisher noch von keiner politischen Partei geleistet worden ist. Werden nicht wenigstens die süddeutschen volksparteilichen Parlamentarier dem System des freisinnigen Eunuchentums endlich entgegentreten?

Die Banderolensteuer.

Zwei Fliegen mit einer Klappe!

Die Tabaksteuervorlage, die dem Bundesrate zugegangen ist, sieht, wie die „Deutsche Tabaksztg.“ erfährt, nicht allein eine Banderole für Zigarren, sondern auch eine solche für Rauch-, Kau- und Schnupftabak vor. Am 4. Januar hat eine Konferenz des badischen Finanzministers mit vierzehn Tabakindustriellen Badens stattgefunden, in der die Sätze der Banderole besprochen wurden. Es besteht die Absicht, die Zigarren bis zu 7 Pfennig im Einzelverkauf mit einer Banderolensteuer von 5 Mark pro Tausend, die 8 Pfennigzigarre mit einer solchen von $7^1/_2$ Mark, die 10 Pfennigzigarren mit 10 Mark zu belegen. Die Steuer soll dann weiter aufwärts gehen bis zu 20 Mark. — Um den Zigarrenfabrikanten den Einwand zu nehmen, daß nunmehr die von der Regierung selbst vor zwei Jahren als wünschenswert bezeichnete disparitätische Behandlung der Zigarren und Zigaretten wieder aufgehoben würde, will man auch die Banderolensteuer für die Zigaretten erhöhen, so daß die gegenwärtige Differenz durch das Hinaufschrauben beider Steuern wieder hergestellt wird!

So wird neben der neu erschlossenen Steuerquelle eine schon fließende erweitert und verstärkt. Natürlich wird der Tabakgenuß durch diese Besteuerung eine Einschränkung erfahren, also auch die Produktion. Wieviel wirtschaftliche Existenzen dadurch vernichtet, wieviel Arbeiter brotlos gemacht werden, ist eine Frage, die natürlich die agrarischen Schreier nach neuen indirekten Steuern nicht kümmert. Diese Herren können sich dank der Lebensmittelverteuerungspolitik der Regierung immer noch ihre anständige Zigarre leisten!

Zu den Protestlern gegen die Tabakbanderolensteuer hat sich auch die Bremer Handelskammer gesellt. Sie hat folgendes erklärt:

Große Beunruhigung wurde in der Zigarrenindustrie in den letzten Monaten durch die Gerüchte über neue Tabaksteuerprojekte der Regierung hervorgerufen. Bei der gegenwärtigen schwierigen Lage der Industrie und angesichts der Tatsache, daß heute schon eine abflauende Konjunktur bei verschiedenen Industrien zu beobachten ist, die jedenfalls in absehbarer Zeit auf die Zigarrenindustrie zurückwirken muß, sind die Gefahren, die der Industrie durch eine Erhöhung der steuerlichen Belastung drohen, größer als je. Insbesondere würde dies der Fall sein, wenn sich die in den Tagesblättern verbreitete Absicht der Regierung, den Tabak in Form einer Banderolebesteuerung zu fassen, bewahrheiten sollte. Es ist dies die schädlichste Form der Besteuerung, die die Industrie treffen könnte, da sie zur Zentralisierung führen muß und dadurch dem späteren Uebergang zum Monopol den Weg ebnen würde.

Ein solcher Uebergang käme der Regirrung nur erwünscht.

Harden-Prozeß und Majestätsbeleidigung.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Schuhmacher Karl Selnick aus Weißenfels von der Strafkammer in Naumburg an der Saale zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In einem Restaurant fand Ende Oktober vorigen Jahres unter den Gästen eine Diskussion über den Moltke-Harden-Prozeß statt; der Angeklagte beteiligte sich an dem Gespräch und stieß dabei Aeußerungen aus, die ihm die vorerwähnte Anklage und Bestrafung einbrachten.

Die Ostseefrage.

Wie bereits offiziös berichtet wurde, sollen nach einer schwedisch-offiziösen Mitteilung die über die Aufrechterhaltung des status quo in der Ostsee eingeleiteten Besprechungen keineswegs auf eine Verletzung des Grundsatzes abzielen, daß die Ostsee ein offenes Meer sei.

Nach einem Telegramm aus Kopenhagen betont die „Berlingske Tidende“ in einem offiziösen Artikel, daß Verhandlungen über die Ostseefrage nicht geführt werden könnten, ohne daß Dänemark wegen seiner großen Interessen am Eingange der Ostsee hinzugezogen werde.

Man vermag es absolut nicht zu begreifen, weshalb Dänemark zu diesen Verhandlungen nicht hinzugezogen worden ist. Nach dem Pariser „Temps“ soll sogar Deutschland an den Verhandlungen nicht beteiligt sein. Dem Blatte wird aus London berichtet:

Bei den Begräbnisfeierlichkeiten des Königs Oskar seien die Grundzüge eines Projekts besprochen worden, das die Freiheit der Ostsee durch eine Vereinbarung zwischen England, Frankreich und Rußland sichern solle. Diese Vereinbarung werde eine Ergänzung der englisch-russischen Abmachung über Asien vorstellen. Man hoffe, den sehr geheim betriebenen Plan in drei bis vier Wochen durchführen zu können.

Diese Mitteilungen sind vorerst mit einem sehr großen Fragezeichen zu versehen. Deutschland hat an der Regelung dieser Frage mindestens ein ebenso großes Interesse wie Rußland. Da die Ausschließung Deutschlands bei derartigen Besprechungen geradezu eine Gegnerschaft gegen Deutschland bedeuten würde, zu der nicht die geringste Veranlassung vorliegt, so wird die Meldung des „Temps“ sicher auf einem Irrtum beruhen.

Der dankbare Zar.

Aus Anlaß des gestrigen russischen Neujahrsfestes hat, wie aus Petersburg berichtet wird, der Zar an den Ministerpräsidenten Stolypin folgendes Reskript gerichtet:

„Ihre vielseitige Tätigkeit im Amte eines Ministers des Inneren, die angesichts der obwaltenden Bedingungen des Staatslebens besonders verantwortlich ist, gab mir die Möglichkeit, Ihre vorzügliche Begabung und selbstaufopfernde Pflichttreue schätzen zu lernen. Infolgedessen berief ich Sie 1906 auf den hohen Posten des Ministerpräsidenten. In Ihrer Person fand ich einen hervorragenden Vollstrecker meiner Vorschriften, wovon beredtes Zeugnis ablegen die vom Ministerrat unter Ihrer Leitung vorbereiteten gesetzgeberischen Arbeiten von hervorragender Bedeutung in Agrar- und anderen Staatsverwaltungsfragen, desgleichen das wachsende Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung, das besonders bei den Wahlen zur dritten Reichsduma zutage trat, und viele erfreuliche Anzeichen zweifelloser Beruhigung des Landes. Dem Wunsche, Ihnen meine herzliche Anerkennung für Ihre patriotischen Verdienste auszudrücken, nachkommend, ernannte ich Sie zu meinem Staatssekretär und verbleibe Ihnen unverändert wohlwollend

Nicolaus.

Die russische Hofkamarilla weiß die Arbeit Stolypins nach Gebühr zu schätzen. Dieser wird nach dem neuesten Huldbeweise um so eifriger die Geschäfte des Absolutismus und der Reaktion besorgen.

* * *

Nach einer weiteren Meldung aus Petersburg ist der Minister für Volksaufklärung (zu deutsch: Volksverdummung) v. Kaufmann seines Amtes enthoben worden. Er wurde zum Oberhofmeister ernannt. An seiner Stelle ist der ehemalige Kurator des Moskauer Bezirks, Reichsratsmitglied Schwarz, zum Minister ernannt worden.

Die Fraktionen und der Enteignungsantrag.

Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses hatten heute vormittag Stellung zur Enteignungsvorlage genommen. Die Angelegenheit liegt, wie die „Korresp. Woth“ erfährt, augenblicklich so, daß beabsichtigt wird, die Regierungsvorlage in betreff der Zulassung der unbeschränkten Enteignung für beide Provinzen wieder herzustellen und die lokalisierte Enteignung für bestimmte Kreise, wie sie die Kommission beschlossen, fallen zu lassen. Um den Widerstand der Konservativen zu beseitigen, soll die der Staatsregierung zur Verfügung zu stellende Summe bedeutend herabgesetzt werden, man spricht von 50 Millionen Mark. Die Freikonservativen spielen bei dem Kompromiß die Vermittlerrolle. Die Konservativen spalten sich in zwei Lager, in Freunde und Gegner des Kompromisses; Freikonservative und Nationalliberale sind für diesen, die übrigen Parteien nach wie vor Gegner der Vorlage. Die Einigungsverhandlungen, an denen auch die Staatsregierung sich beteiligt, werden noch fortgesetzt werden. Eine Zurückweisung an die Kommission dürfte wahrscheinlich sein.

Eine Wahlrechtsinterpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion bringt im Reichstage nachstehende Interpellation ein:

1. Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Landtages vom 10. Januar d. J. die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und

2. billigt der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaigen Einschreitens Militär in den Kasernen konsigniert war?

Zur Begründung dieser Interpellation sind Bebel und Fischer als Redner bestimmt worden.